

Der Kongress der Gemeinden und Regionen



23. TAGUNG

Straßburg, 16.-18. Oktober 2012

Kommunale und regionale Demokratie in Aserbaidschan

Entschließung 345 (2012)¹

1. Der Kongress erinnert daran, dass:

a. Aserbaidschan im Januar 2001 dem Europarat beigetreten ist und sich damit verpflichtet hat, zur Schaffung eines gemeinsamen demokratischen Gebiets auf dem Kontinent beizutragen, den Respekt für seine grundlegenden Werte Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen und europäische Standards zu erfüllen;

b. Aserbaidschan hat am 15. April 2020 die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (im Weiteren die „Charta“) ratifiziert, die für dieses Land am 1. August 2002 in Kraft trat, und hat sich verpflichtet, das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung in sein innerstaatliches Recht zu übertragen, um ihre effektive Umsetzung zu garantieren, vor allem Zuständigkeiten und die entsprechenden Finanzmittel auf die kommunalen Gemeinden zu übertragen und die vollständige Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips sicherzustellen, um die Gründung der kommunalen Selbstverwaltung, wie von der Charta vorgesehen, zu gewährleisten;

c. eine vorausgegangene Empfehlung 126 (2003) und Entschließung 151 (2003) über kommunale und regionale Demokratie in Aserbaidschan vorliegt.

2. Der Kongress begrüßt die Schaffung von drei nationalen Gemeindeverbänden, aber wünscht, dass diese eine aktivere Rolle bei der Vertretung kommunaler Interessen spielen.

3. Darüber hinaus stellt er fest, dass die meisten der Empfehlungen, die 2003 den nationalen Stellen ausgehändigt wurden, noch nicht umgesetzt wurden; es liegt auch kein Zeitplan für die Umsetzung in absehbarer Zukunft vor, was diese Empfehlungen immer noch eminent bedeutsam macht.

4. Der Kongress verweist auf den Begründungstext, der seine Empfehlungen wiederholt und verleiht seiner schweren Sorge insbesondere im Hinblick auf die Nichteinhaltung der meisten Bestimmungen der Charta, die von Aserbaidschan ratifiziert wurde, Ausdruck;

5. Der Kongress, angesichts dieser Ausführungen:

a. ruft sein Büro auf, den Justizminister von Aserbaidschan in seiner Funktion als Minister für Gebietskörperschaften einzuladen, bei seiner Tagung im Oktober 2013 zum Kongress zu sprechen und die Entwicklungen zu diskutieren, die von den Stellen in Aserbaidschan geplant sind;

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 17. Oktober 2012, 2. Sitzung (siehe Dokument [CG\(23\)12](#) Begründungstext), Berichterstatter: J. Wienen, Niederlande (L, EVP/CD), und G. Mosler-Törnström, Österreich, (R, SOZ).



b. ruft seinen Monitoring-Ausschuss auf:

i. dringend in Baku ein Seminar über die Umsetzung der Charta in Aserbaidshan in Kooperation mit den nationalen, regionalen und kommunalen Stellen und den relevanten NRO im Bereich der kommunalen Demokratie zu organisieren;

ii. einen zwischenzeitlichen Monitoring-Besuch durchzuführen, um die Situation der kommunalen und regionalen Demokratie im Sinne der angenommenen Empfehlung zu beurteilen und die Fortschritte zu evaluieren, die in der Zwischenzeit gemacht wurden.